

Wahlprüfsteine der LAG Soziale Brennpunkte in Hessen

Antworten: DIE LINKE. Hessen

1. Nennen Sie bitte drei konkrete politische Vorhaben Ihrer Partei, mit denen Sie benachteiligte Quartiere unterstützen und gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen wollen.

DIE LINKE. Hessen hat mit dem kürzlich veröffentlichten [Landesaktionsplan für soziale Teilhabe und gegen Armut](#) einen umfassenden Handlungskatalog vorgelegt, der auf die erschütternde Armutsentwicklung in Hessen und die Ergebnisse des 3. Landesozialberichts reagiert. Damit wollen wir deutlich machen, dass die Reduzierung von Armut in allen Politik- und Lebensbereichen ansetzen muss und wir von der bisherigen vorwiegenden Förderung in Modellprojekten dringend zu ganzheitlichen Ansätzen übergehen müssen. Nur so kann vollumfängliche gesellschaftliche Teilhabe tatsächlich für alle Menschen in Hessen realisiert werden.

Dies vorangestellt, halten wir mit Blick auf die Arbeit in benachteiligten Quartieren die folgenden drei konkreten Vorhaben für essenziell:

- Gesellschaftliche Teilhabe muss für alle Menschen unabhängig von der finanziellen Situation möglich sein. Dazu braucht es **Begegnungsräume, an denen kein Geld ausgegeben werden muss**. Als Begegnungsräume sind „dritte Orte“ zu verstehen, an denen Menschen außerhalb von Zuhause und Arbeitsplatz zusammenkommen und in Austausch treten können. Dies sollen - anders als die meisten bestehenden Orte dieser Art - Räume sein, an denen kein Geld ausgegeben werden muss. So kann jede*r, unabhängig vom Einkommen an diesen teilhaben. Dazu wollen wir diese Räume barrierefrei und leicht erreichbar machen. Es können beispielsweise Bibliotheken und öffentliche Versammlungsorte der Gemeinden, wie Vereins- und Bürgerhäuser, flächendeckend zu solchen „Dritten Orten“ gewandelt werden. Diese wollen wir als Orte des sozialen Austausches und der Gemeinschaft für alle zugänglich machen.
- Das **Angebot an Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen wollen wir ausbauen und kostenfrei zugänglich machen**. Um gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe zu fördern, müssen alle Kultur- und Freizeiteinrichtungen wie Museen, Schwimmbäder, Kultur und Kunst, Bildungsangebote und Bibliotheken unentgeltlich für alle Menschen nutzbar werden. Als ersten Schritt wollen wir den Zugang für Menschen in Armut und für alle Kinder und Jugendlichen kostenlos ermöglichen. Wir wollen einen kostenlosen Eintritt in Landesmuseen für Schüler*innen, Auszubildenden und Studierende. Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sollen flächendeckend kostenfreies WLAN vorhalten.
- Auch sozial benachteiligte Menschen haben ein Recht darauf, über das eigene Quartier und den sozialen Nahraum hinaus unterwegs zu sein. **Der Nahverkehr in Hessen muss ausgebaut werden, kostenlos und barrierefrei sein**. Es muss für jeden Menschen auch ohne eigenes Auto möglich sein mobil zu sein. Dafür wollen wir mit einer Mobilitätsgarantie sorgen. Dazu muss der Nahverkehr in Hessen flächendeckend ausgebaut werden; rund um die Uhr getaktet, klimaschonend und barrierefrei. Die Preise im Nahverkehr wollen wir zunächst deutlich senken und schrittweise auf einen Nulltarif bringen. Der Preis für das hessische Sozialticket ist mit 31 Euro pro Monat weiterhin zu hoch. Wir wollen das 9-Euro-Ticket als Sozialticket fortführen. Studien belegen, dass das 9-Euro-Ticket einen massiven Zugewinn an Teilhabe, gerade für arme Menschen, ermöglicht hat.

2. Wie sieht Ihre Partei die Zukunft des Bund-Länder-Programms „Sozialer Zusammenhalt“?

Das Bund-Länder-Programm „Sozialer Zusammenhalt“ hat sich aus Sicht der LINKEN bewährt. Es ist wesentlicher Bestandteil der Umsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse, wie sie unser Grundgesetz vorgibt. DIE LINKE wird sich in Zeiten einer zunehmenden sozialen Spaltung für eine Weiterführung und den Ausbau der Förderung auf Bundes- und Landesebene einsetzen.

3. Wie sieht Ihre Partei die Zukunft des hessischen Landesprogramms zur Förderung von Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen/Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen?

Die Gemeinwesenarbeit ist eine Erfolgsgeschichte zur Förderung des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts in Hessen. Dies verdankt sich in erster Linie dem hohen Engagement vieler Ehrenamtlicher und natürlich auch der Arbeit der hauptamtlichen Unterstützungsstrukturen. Aus Sicht der LINKEN ist es deshalb erforderlich den bestehenden Strukturen ihre wichtige Arbeit so leicht wie möglich zu machen und sie auf Dauer zu stellen. Eine gelingende Quartiersentwicklung braucht langfristige Perspektiven und Unterstützung, auch damit die Kraft der engagierten Haupt- und Ehrenamtlichen vor Ort in die eigentliche Projekt- und Sozialarbeit statt in bürokratische Anforderungen und Hemmnisse geht. Die Vielfältigkeit der Förderstränge im Bereich integrierter Stadtteilentwicklung mit ihren teils ganz unterschiedlichen Zielsetzungen, bieten Chancen aber auch Risiken, denen wir durch eine bessere Koordinierung und Abstimmung entgegenzutreten wollen. Für eine noch zielgenauere Ausrichtung der Gemeinwesenarbeit und anderer sozialer Angebote treten wir als LINKE für eine Neuorientierung der Landessozialberichterstattung ein, die den Kommunen eine tatsächliche Sozialraumplanung ermöglicht.

4. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um eine adäquate Wohnraumversorgung – vor allem für von Armut betroffene Menschen – zu sichern?

Wohnen ist ein Grundbedürfnis, ein Menschenrecht. Als LINKE setzen wir uns entschlossen für bezahlbaren Wohnraum für alle ein. Hierzu wollen wir alle landesrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Mieterinnen und Mieter im Wohnungsbestand vor steigenden Mieten, Verdrängung und Zwangsräumung zu schützen und den Verlust von Wohnraum zu verhindern. Dies beinhaltet u.a. die Ausweisung von mehr hessischen Städten als Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt, eine Unterstützung der Kommunen beim Mieterschutz und die Wiedereinführung eines Gesetzes gegen spekulativen Leerstand und Wohnraumzweckentfremdung.

Zugleich braucht es mehr bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum, insbesondere für Haushalte mit geringem Einkommen. Als LINKE wollen wir ein Landesprogramm auflegen, mit dem 10.000 Sozialwohnungen pro Jahr geschaffen werden können – barrierefrei, klimaneutral und dauerhaft sozial gebunden. Hierfür wollen wir die Mittel in der sozialen Wohnraumförderung massiv erhöhen und das System stärker als bisher auf öffentliche, genossenschaftliche und gemeinnützige – d.h. nicht profitorientierte – Wohnungsunternehmen zuschneiden. So soll auch die landeseigene Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte/Wohnstadt (NHW) gestärkt und sozialer ausgerichtet sowie kommunale Unternehmen, Genossenschaften und gemeinschaftliche Wohnprojekte gezielt gefördert werden.

Schließlich setzt sich die LINKE dafür ein, benachteiligte Gruppen am Wohnungsmarkt zu unterstützen, Diskriminierungen abzubauen sowie Wohnungs- und Obdachlosigkeit zu bekämpfen. Hierfür wollen wir die Datenlage verbessern, in Zusammenarbeit mit den Kommunen die flächendeckende Einrichtung von sozialen Angeboten und Wohnungssicherungsstellen fördern und feste Kontingente bei öffentlichen und gemeinwohlorientierten Wohnungsgesellschaften für vulnerable Gruppen einführen. Um eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, Obdachlosen und anderen zu gewährleisten, sollen Kommunen in die Lage versetzt werden, in Notsituationen vorübergehend und gegen Entschädigung leerstehende Wohn- und Gewerberäume beschlagnahmen zu können.

5. Was wird Ihre Partei veranlassen, um die Bildungschancen von Menschen in benachteiligten Quartieren zu fördern?

Wir möchten Bildungsketten bzw. Bildungslandschaften in den betroffenen Quartieren unterstützen und fördern, denn sie entwickeln die Orte der Teilhabe und Bildung für die Benachteiligten. Eine Verbesserung der mangelnden Bildungsangebote zu den fördernden Teilhabe- und Bildungsformaten soll erfolgen. Der Schwerpunkt dabei ist das lebenslange Lernen, welches für alle Generationen in benachteiligten Quartieren die Bildungs- und Teilhabezugänge schafft. Essenziell ist es, sich nach den Bedarfen und Voraussetzungen der Gemeinde zu orientieren.

6. Lokale Bildungslandschaften sind ein wirksamer Ansatz, um Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen nachhaltig zu verbessern. Was hat Ihre Partei vor, um Bildungslandschaften in Hessen, insbesondere in benachteiligten Quartieren, auf- und auszubauen?

Wir möchten gemeinsam mit den Bildungseinrichtungen verschiedene Handlungskonzepte sowie Aktionspläne entwickeln und diese schließlich in Abstimmung mit den Städten und Landkreisen einbringen. Ein Abbau der strukturellen Unterschiede zwischen den Quartieren ist notwendig. Außerdem soll ein genügendes Fachpersonal bereitgestellt werden, um die Bildungseinheit in den Quartieren zu unterstützen. Die Verknüpfung mit Akteur: innen muss gezielt in den Lehrplan integriert werden und darf nicht neben dem laufenden Unterricht verlaufen.

7. Was wird Ihre Partei tun, um die Teilhabechancen und Partizipationsmöglichkeiten von Menschen aus benachteiligten Quartieren zu erhöhen und strukturelle Benachteiligungen abzubauen?

Sozial benachteiligte Menschen haben ein großes Erfahrungswissen zur besseren Gestaltung ihres eigenen Quartiers. Zugleich wissen wir, dass proportional zum sinkenden Einkommen auch die Beteiligung an demokratischen Prozessen und Wahlen abnimmt. Als LINKE sind wir überzeugt, dass dies nicht in erster Linie Ausdruck mangelnden Interesses ist, sondern sich auf die politische Erfahrung gründet, dass Menschen aus benachteiligten Quartieren und ihre Situation durch die Politik selten ernstgenommen werden und die herrschende Politik wenig bis kein Interesse an ihrer Situation hat. Diese Muster aufzubrechen, erfordert eine eigene gezielte Ansprache und Beteiligungsformate, die Veränderungen vor Ort erlebbar machen. Ähnlich wie bei Beteiligungsformaten für Kinder und Jugendliche muss Beteiligung so gestaltet werden, dass sie wirksam wird und erlebbare Veränderungen nach sich zieht, etwa indem Diskussionen und konkrete Vorschläge in Kommunalparlamenten direkt eingebracht werden können. Wichtig sind auch ausreichende Mittel, um lokale und überregionale Vernetzung zu ermöglichen. DIE LINKE tritt für eine Stärkung der Demokratie auch in diesem Sinne ein.

8. In welcher Form möchte Ihre Partei Angebote der außerschulischen politischen Jugendbildung stärken?

Im Rahmen der institutionalisierten außerschulischen politischen Jugendbildung fordert DIE LINKE. Hessen auf allen politischen Ebenen die Einrichtung von Beteiligungsformaten für Kinder und Jugendliche, die hauptamtlich begleitet und unterstützt und von den Kindern und Jugendlichen selbst mit- und fortentwickelt werden können. Dabei ist darauf zu achten, dass sich gesellschaftliche Ungleichheiten nicht in der Zusammensetzung der Teilnehmenden reproduzieren, sondern Kinder und Jugendliche mit jedem sozialen Status, unterschiedlicher Herkunft und Geschlechts zusammenwirken können. Diese sollen zudem Antragsrechte auf der jeweiligen politischen Entscheidungsebene erhalten, um eine eigene Wirksamkeit politischer Arbeit zu erleben und demokratische Entscheidungsprozesse tatsächlich kennenzulernen. Politische Bildungsarbeit braucht aber nicht nur institutionalisierte Angebote, sondern darüber hinaus niedrigschwellige Informations- und Mitmachangebote der sozialen Jugendarbeit. Diese ist dafür auskömmlich und langfristig zu finanzieren, wofür wir uns als LINKE auch weiterhin einsetzen werden.

9. Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei, die dem Abbau gesundheitlicher Ungleichheit dienen sollen?

Wir wissen, dass Armutsbetroffene gesundheitlich stark benachteiligt sind: Die allgemeine Sterblichkeit hängt direkt vom sozialen Status ab. Todesfälle vor dem 65. Lebensjahr kommen bei Menschen mit niedrigem Einkommen fast doppelt so häufig vor wie bei Besserverdienenden. Als LINKE finden wir uns mit dieser Situation nicht ab. Wir brauchen Lebensverhältnisse, in den man gesund bleiben kann,

- weil die ökologischen Bedingungen stabilisiert und so neue Krankheiten und gesundheitlichen Belastungen vermieden werden,
- weil das Wohnumfeld ein gesundes Leben und eine gesunde Ernährung möglich machen,

- weil die Arbeitsbedingungen eine selbstbestimmte Lebensführung ermöglichen und
- weil Stress als nicht krankmachend erlebt wird.

Wir setzen uns als LINKE für solche Lebensbedingungen in allen Politikbereichen ein und sehen die Aufgabe des Gesundheitssystems darin, Menschen gesund zu halten und in ihrem Heilungsprozess zu unterstützen. Das schließt auch die würdevolle Begleitung am Lebensende ein.

Aus dieser grundsätzlichen Haltung lassen sich auch für Hessen ganz konkrete Anforderungen ableiten. Dies beginnt mit einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung in ganz Hessen, die akut gefährdet ist, und schon heute in vielen benachteiligten Quartieren nicht mehr existent. Wir brauchen deshalb eine Stärkung des Öffentlichen im Gesundheitswesen, etwa durch den Aufbau kommunaler Gesundheitszentren im Rahmen einer Sozialraumplanung und der Rekommunalisierung privatisierter Krankenhäuser. Prävention und Rehabilitation müssen für alle Menschen tatsächlich zugänglich sein, beispielsweise müssen Mutter-Kind-Kuren mit älteren und jüngeren Kindern präventive Kassenleistung sein und spezifische niedrigschwellige Angebote für Alleinerziehende entwickelt werden. Menstruationsprodukte müssen in allen öffentlichen Gebäuden in Hessen kostenfrei bereitgestellt werden. Verhütungsmittel sollen Kassenleistung werden. Es muss eine flächendeckende Versorgung mit Beratungsstellen und Ärzt*innen für körperliche Selbstbestimmung geben.

Menschen ohne bzw. ohne ausreichenden Krankenversicherungsschutz brauchen flächendeckend unabhängige Clearingstellen, die Menschen den Weg zurück in die Krankenversicherung ermöglichen und einen Behandlungsfonds, um Menschen in Not eine angemessene Gesundheitsversorgung zu garantieren. Einen entsprechenden [Gesetzentwurf](#) haben wir bereits 2020 in den Hessischen Landtag eingebracht, der von der CDU und Grünen jedoch leider abgelehnt wurde.

Auch im Alter müssen alle Menschen unabhängig vom sozialen Status auf eine angemessene Versorgung zurückgreifen können. Dies erfordert einen Umbau der Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung, die alle Leistungen ohne Zuzahlungen abdeckt. Aber auch auf Landesebene müssen viele Bedingungen verändert werden: So braucht es etwa ein Landesinvestitionsprogramm zum Ausbau von Tages- und Kurzzeitpflege. Die Pflegestützpunkte müssen ausgebaut werden, um Wohnortnähe und aufsuchende Arbeit zu ermöglichen. Wohnraum von Pflegebedürftigen muss staatlich gefördert barrierefrei umgebaut werden, um den Verbleib in den eigenen vier Wänden oder bei der Familie zu ermöglichen.

10. Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. leistet seit fast 50 Jahren wirksame Arbeit in benachteiligten Quartieren in ganz Hessen und prägt die hessische Armutspolitik in entscheidendem Maß. In welcher Form unterstützt Ihre Partei die Arbeit der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. in Zukunft?

DIE LAG Soziale Brennpunkte Hessen ist ein wichtiger Gesprächs- und Kooperationspartner für DIE LINKE. Hessen. Sie verbindet das Wissen der in den Quartieren sozial Tätigen, trägt zur Qualifizierung der Arbeit bei und vertritt deren Interessen nach Außen. Sie ist damit zugleich ein Sprachrohr vulnerabler Personengruppen und armutsbetroffener Menschen in Hessen für die wir uns als LINKE in besonderer Weise stark machen.

DIE LINKE. Hessen sieht in der LAG einen Landeszusammenschluss mit einer entscheidenden Bedeutung für den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb unterstützen wir die Position einer institutionellen Förderung der LAG Soziale Brennpunkte Hessen nachdrücklich.